

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Rue für Nachrichten: Nr. 20011
Schriftleitung: u. Druckverlag
Dresden - U. 1, Waisenstraße 28/29

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 M., (einschließlich 30 Pfg. für
Trägerlohn), durch die Post 3.40 M., einschließlich 98 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren).
Eingehangsnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 30 Pfg., Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet. Die einseitige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Kleinanzeige
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengebühr 50 Pfg., Rückwärtige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Waisenstraße, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachr. 20011) Unterlongie
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Auflösung von Sejm und Senat in Polen

Pilsudski will die Verfassung ändern

Warschau, 30. Aug. Durch Verordnung des Staatspräsidenten v. Moscicki wurden heute Sejm und Senat aufgelöst. In dem Schreiben heißt es: Nach reiflicher Überlegung habe ich festgestellt, daß die wichtigste Aufgabe für die Arbeit sämtlicher Bürger die Verbesserung der grundlegenden Rechte ist, durch die der Staat regiert wird, da dieselben die Grundlagen sämtlicher im Staate bestehenden Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, da sich das gegenwärtig herrschende Chaos bisher leider nicht beseitigen ließ. Nachdem ich zu der Überzeugung gelangt bin, daß ich dies trotz meiner Bemühungen durch den gegenwärtigen Sejm nicht erreichen kann, habe ich beschlossen, auf Grund des Art. 26 der Verfassung laut Beschluß des Ministerrats Sejm und Senat mit dem 30. August aufzulösen und bestimme als Wahltermin den 16. November für den Sejm und den 23. November 1930 für den Senat.

Die Auflösung von Sejm und Senat, die der polnische Staatspräsident im Auftrag des Regierungschefs Pilsudski vollzogen, ist die erste logische Konsequenz der persönlichen Nachtergreifung durch den Marschall. Er hat sich über den Sejm und seine Abgeordneten so drastisch geäußert, daß man über seine weiteren Absichten dem Parlament gegenüber nicht im Zweifel sein konnte. Das Ziel der Auflösung ist, wie auch aus dem Dekret in etwas gewundenen Worten hervorgeht, eine radikale Verfassungsänderung, die die Rechte der Volksversammlung erheblich beschneiden und die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten und der Regierung in demselben Umfang erweitern soll. Mit anderen Worten: Pilsudski will sich für das persönliche Regime, das er seit vierzehnjährigen Jahren führt, die gesetzliche Grundlage schaffen. Die Diktatur soll endlich legalisiert werden.

Eine andere Frage ist es, ob für die Abwahl eine Mehrheit in den Wahlen ausreicht ist. Die Opposition gegen Pilsudski unmoralisches „System der moralischen Senierung“ ist im ganzen Lande im Wachsen, und es hat nicht den Anschein, als ob bis zum November ein so gewalttätiger Stimmungsumschwung eintreten könnte, daß die Regierung vom Volk eine Blankovollmacht für ihre Verfassungspläne erhielte. Freilich wird Pilsudski dann nicht vor Gewalt zurückschrecken. Er wird versuchen, auch ohne Parlament, geküßt auf das ihm ergebene Meer und seine Legionärsorganisa-

tionen, die nackte Diktatur auszuüben. Jene keine Veränderung der polnischen Außenpolitik, insbesondere der feindseligen Einstellung gegen Deutschland, ist aus diesen inneren Wirren nicht zu erwarten. Immerhin sind die Vorgänge auch im Hinblick auf die deutsche Politik wichtig genug, um unsere gespannte Aufmerksamkeit für die weitere Entwicklung in Polen in Anspruch zu nehmen.

Der Sejmvizemarschall von Offizieren verprügelt

Warschau, 30. Aug. In die Wohnung des Vizemarschalls des polnischen Sejms, Dombiski, die in der Warschauer Vorstadt Joliborz liegt, drangen am Freitagabend vier Offiziere ein, die den oppositionellen Politiker überfielen und ihn verprügelten. Ein Unteroffizier hielt inzwischen auf der Straße Wache. Als Leute aus der Nachbarschaft herbeikam, verschwanden die Offiziere. Dombiski ist einer der Führer der Zentrolinkopposition, die Pilsudski in seinem letzten Interview heftig beschimpfte.

Polnische Spionagetätigkeit bei den Manövern

Berlin, 30. Aug. Bei den Manövern, die zur Zeit in der nördlichen Grenzmark Posen-Westpreußen stattfinden, werden in erster Linie im Kreise Flakow Flaküberdrehungen geübt und der Wert der Radfahrverbände erprobt. Im Zusammenhang mit diesen Manövern macht sich eine außerordentlich verstärkte polnische Spionagetätigkeit bemerkbar, so daß für die Manöver ein besonderer Ueberwachungsplan durch die Kriminalpolizei als notwendig erwies. Das hat die Verhaftung von drei Reichsdeutschen in Neu-Ventchen, die des Landesverrats zugunsten Polens bezichtigt werden, bewiesen.

Der Rundflug der Kleinen Entente

Warschau, 30. August. In dem Rundflug der Kleinen Entente hat Polen eine schwere Niederlage erlitten. Von den sechs polnischen Maschinen mußten vier aus dem Wettbewerb zurückgezogen werden, die zwei übrigen stehen an letzter Stelle. Die Oppositionspresse weist darauf hin, daß die polnischen Militärflieger für diesen Rundflug gar nicht ausreichend vorbereitet gewesen seien, obwohl diesmal der polnische Aeroklub den Rundflug veranstaltet habe. Die Flugzeuge einheimischer Konstruktion erwiesen sich als undraufbar. Am besten schnitten beim Rundflug die südslawischen Flieger ab, die von den gestarteten sechs Maschinen fünf heimbrachten.

Sowjetappell an die Bauernehre

Moskau, 30. Aug. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung angesichts des katastrophalen Fortschalles der Ernteeinbringung an die Mitglieder der Kollektivwirtschaften einen neuen Aufruf erlassen. Darin zählt sie alle Maßnahmen auf, die sie im Verlauf der letzten Monate zugunsten der Kollektivwirtschaften durchgeführt habe. Diese hätten im laufenden Wirtschaftsjahre allein eine halbe Milliarde Rubel vom Sowjetstaat erhalten und seien vollkommen ausreichend zum besten Saatgetreide versorgt worden. Ueber 400 Millionen Rubel habe der Staat für die Traktorfizierung der Landwirtschaft ausgeben. Es sei außerdem eine Reihe weiterer Erleichterungen für die Mitglieder der Kollektivwirtschaften in heuerlicher Hinsicht geplant und es sei nunmehr an den Kollektivbauern, auch die Verpflichtung für die Ablieferung des Getreides an den Staat zu übernehmen. Die Sorgen des proletarischen Staates und die Entwicklung der Wirtschaften müßten von diesen anerkannt werden und die ausreichende Versorgung des Landes mit Brot und damit die Sicherstellung der Ernährung sei deshalb als eine Ehrenfrage für jeden Bauern anzusehen.

Massenflucht der Sowjetarbeiter

Riga, 30. Aug. Der Mangel an Lebensmitteln nimmt in Sowjetrußland immer schärfere und gefährlichere Formen an. Die wachsenden Versorgungsschwierigkeiten veranlassen die Arbeiter in den industriellen Betrieben, Gruben und Eisenbahnbetrieben zur Massenflucht. Die Moskauer Blätter bringen darüber aufsehenerregende Nachrichten. Nach Meldung der „Ekononimicheskaja Schila“ verließen in den letzten Monaten 950 qualifizierte Arbeiter die Eisenbahnlinie Peninograd-Moskau. Diefelbe Erscheinung ist auch auf anderen Eisenbahnlinien bemerkbar. Auf der Turman-Eisenbahn verließ Moskau mit den anderen Gebieten der Sowjetunion verbindet, wo die Versorgungschwierigkeiten besonders akut sind, flüchteten etwa 6500 Eisenbahnarbeiter, d. h. 45 Proz. der Gesamtbelegschaft. Auch aus dem Kohlengebiet des Donezbeckens entlaufen die Bergarbeiter in Massenscharen, da die staatlichen Behörden und Konsumgenossenschaften nicht imstande sind, die Arbeiter mit Lebensmitteln zu versorgen, der Privathandel aber gedroht ist.

Krestinski geht

Berlin, 30. August. Der Volschaffer der Sowjetunion in Berlin, Krestinski, wird sich am 6. September von Moskau wieder nach Berlin begeben, um dem Reichspräsidenten von Hindenburg sein Abberufungsschreiben zu übergeben, da nunmehr bestimmt ist, daß Krestinski seinen Berliner Posten nicht wieder übernehmen wird. Die Frage seiner Nachfolgerschaft wird erst Mitte September geklärt werden. Gleichzeitig mit dem Volschaffer Krestinski wird auch der bisherige Presschef der Volschaft, Stern, seinen Posten verlassen.

Zeppelin kommt nach Moskau

Moskau, 30. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, werden über den bevorstehenden Besuch des „Graf Zeppelin“ in Moskau Einzelheiten bekanntgegeben. Nach amtlichen Mitteilungen wird „Graf Zeppelin“ von russischen Flugzeugen an der Grenze empfangen und nach Moskau begleitet werden. In Moskau wird das Luftschiff auf dem Flugplatz Brunse landen, wo ein besonderer Mast angelegt wird. Da „Graf Zeppelin“ sich nur kurze Zeit in Moskau aufhalten wird, sind Empfänge vorgesehen bei der Sowjetregierung, bei der deutschen Volschaft, bei dem Stadtrat von Moskau sowie bei der Gesellschaft Dsowolachim. Ein Besuch des „Graf Zeppelin“ in Leningrad kommt vorläufig nicht in Frage.

Kreuzer „Röln“ in Kopenhagen

Kopenhagen, 30. Aug. Der hier eingetroffene deutsche Kreuzer „Röln“ war gestern nachmittags dem Publikum zur Besichtigung freigegeben und wurde von vielen Tausenden besucht. Am Abend veranstaltete die Deutsche Kolonie ein Fest für die Besatzung, an dem auch der Kommandant des Kreuzers, Fregattenkapitän v. Schröder, und der deutsche Gesandte Freiherr v. Nitschhofen mit den Mitgliedern der Gesandtschaft teilnahmen. Das dänische Marineministerium gab den Offizieren des Kreuzers ein Fest, an dem auch der Bruder des Königs, Prinz Harald, mit drei Töchtern und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft mit Damen teilnahmen.

Zwischenruf an Dietrich

Der Reichsfinanzminister Dietrich hat sich den Dresdner Wählern als ein sehr temperamentvoller Herr vorgestellt. Er kam gerade aus der Kabinettsitzung, die das große Finanzprogramm beschlossen hatte, das die Regierung Brünning im Herbst durchführen will. Er kam aus tagelanger Beratung und abendfüllenden Wahlversammlungen. Und es ist daher verständlich, daß diese sorgenvolle Tätigkeit eines modernen deutschen Finanzministers und die anstrengende Rednerarbeit als Hauptimpulsgeber der neuen Staatspartei auch einen Badenjer Demokraten um seine Gemütslichkeit bringt. Das hat jedenfalls ein Versammlungsteilnehmer sehr zu fühlen bekommen, der das vom Minister entwickelte Finanzprogramm glaubte durch den Zwischenruf „Wahlmache“ verbannen zu können. Während fixierte der 51jährige Dietrich den armen Sünder, und schon schiederte er ihm die entrüsteten Worte entgegen, er solle sich schämen, einem weißhaarigen Manne so etwas zu sagen. Der Herr Finanzminister möge verzeihen. Wir wollen nicht zur Entschuldigung des Zwischenrufes davon sprechen, daß in der Demokratie alle Gewalt vom Volke ausgeht, daß Volkes Stimme Gottes Stimme ist, daß das Recht der freien Meinungsäußerung seinerzeit in Weimar auch von dem Demokraten Dietrich mit beschlossen wurde, wir wollen nur bescheiden darauf hinweisen, wieviele schöne Finanzprogramme das deutsche Volk schon versprochen erhalten hat und daß es der Finanzminister dem schlichten Manne aus dem Volk nicht abnehmen darf, wenn er zwischen ihm und seinen Amtsvorgängern nicht die nötigen Unterschiede zu machen versteht. Zumal wenn die großen Reformpläne des Kabinetts so unumittelbar vor einer Wahl einem verehrlichen Publikum verstanden werden, und man sich ferner erinnert, daß Dietrich, damals allerdings noch Ernährungsminister, im Rundfunk gegen den Volkseinstimmig genau so wie Seevering mit dem Argument arbeitete, man müsse den Youngplan annehmen, weil er Erleichterungen bringe, die man zur Steuerentlastung verwenden werde. Velter weiß aber alle Welt, daß statt der versprochenen Erleichterungen bis jetzt bereits drei neue Steuerwellen über unser Volk hinweggebraut sind. Das soll aber niemand hindern, die Reformpläne des Kabinetts mit Unvoreingenommenheit zu prüfen. Freilich, das Mißtrauen galt schon immer als die größte Tugend der Demokratie, und zwischen ihm und dem berufsmäßigen rosaroten Optimismus eines jeden deutschen Finanzministers wird man in nüchternen Abwägung sine ira et studio eine gerechte Beurteilung finden müssen.

Die Regierung verspricht zunächst, daß über die 160 Millionen Senkung der Ausgaben „ein weiterer namhafter Betrag eingespart werden“ soll. Niemand in Deutschland, der zu diesem Entschluß nicht sein lautes „Bravo“ sagen wird. Nur eines erscheint uns bedenklich. Warum nennt die Regierung nicht die einzusparende Summe? Warum will sie den Eindruck entstehen lassen, es handle sich um eine nur zu oft gehörte schöne Verheißung? Wenn das Kabinetts Einparungen beschließt, so gehört doch dazu ein fester Plan, mit runden, glatten Summen. Sonst kann man es wirklich niemandem verdanken, wenn er nach vielen trüben Erfahrungen bis zum Beweis des Gegenteils das tugendhafte demokratische Mißtrauen vor allzu freudiger Hoffnung überwiegen läßt. Kommt es dann doch noch anders, um so besser und angenehmer.

Ein zweiter wichtiger Punkt des Regierungsprogramms ist der, daß der Reichshaushalt gegen die unbearbeitete und unvorhergesehene Beanspruchung durch die Arbeitslosenversicherung gesichert wird, „ohne daß dadurch die notwendigen Leistungen gefährdet werden“ sollen. Auch die Grundtendenz dieses Punktes ist zweifellos anzuerkennen. Aber wenn man weiß, daß immer gerade das Danaidenloch der Arbeitslosenversicherung es war, das bisher alle Dedungspläne und alle Finanzreformen verschlungen hat, und wenn man sich vergegenwärtigt, wieviele Köpfe sich bis jetzt vergeblich um die Lösung im Sinne des Regierungsprogramms bemüht haben, dann fragt man sich, hat nun die Regierung wirklich das Ei des Kolumbus gefunden. Und wenn ja, warum läßt sie die Deffektivität darüber nach wie vor im Dunkeln? Soll die Reichsversicherungsanstalt auf eigene Füße gestellt werden und in Zukunft, ohne Reichsaufschüsse durch Staffelung der Beiträge, namentlich für die Saisonarbeiter, durch Ausschaltung von Mißbräuchen, durch innere Reformen und durch Anpassung der Höhe der Beiträge an den Bedarf von Unterstützungsgeldern ihr Auskommen suchen? Nichts läßt sich sagen, denn die Regierung gibt keine Einzelheiten. Sie betont nur, daß die Leistungen nicht gefährdet werden sollen.

Der dritte Punkt beschäftigt sich mit der Neuorganisation des Wohnungsbaues. Auch er ist kurz gehalten und bezieht sich lediglich darauf, daß die Regierung beabsichtigt, vor allem den Klein- und Kleinstwohnungsbau zu beschleunigen, um das besonders krasse Wohnungsproblem der unbemittelten Schichten zu mildern und tragbare Mietfähige zu ermöglichen. Die Regierung geht von der Tatsache aus, daß bisher aus Mitteln der Hauszinssteuer in zu hohem Maße der Bau von größeren Wohnungen begünstigt wurde, von denen jetzt Tausende leer stehen, weil sie angesichts der hohen Mieten nur für einen geringen Bruchteil der Wohnungsuchenden in Frage kommen können. Die Finanzierung der größeren Wohnungen soll jetzt